

Türkische Regierung enteignete unter anderem Kirche in Diyarbakir

[Veröffentlicht von orientdienst.de](http://orientdienst.de)

Die türkische AKP-Regierung von *Recep Tayyip Erdoğan* entschied am 21. März, dass über 80% der Altstadt von Diyarbakir enteignet werden. Dieser Stadtteil wird „*Sur*“ genannt und befindet sich innerhalb der historischen Stadtmauern.

Bis vor ca. 110 Jahren war dieser Stadtteil mehrheitlich armenisch-christlich. Heute ist es mehrheitlich von muslimischen Kurden und überlebenden Armeniern und Christen bewohnt.

Zwischen der Regierung und PKK Anhängern kam es in den letzten Monaten zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und ein Teil der Gebäude in *Sur* wurde zerstört. 20.000 Bewohner verließen in dieser Zeit den Stadtteil. Enteignet wurden 6.300 Grundstücke auf 187 ha, darunter sind 124 gesellschaftlich-kulturelle Stätten wie Moscheen und Kirchen, auch eine evangelische Kirche.

Seit dem 25. März 2016 ist die Enteignung wirksam. Als Gründe für die Enteignung und den staatlichen Neuaufbau, wie auch schon in einigen Teilen Istanbuls geschehen, werden mehrere Gründe vermutet. Einmal kann es eine Abstrafung für die Armenier und Kurden sein, die in der letzten Wahl gegen die AKP und für die pro-kurdische HDP stimmten. Andere vermuten, dass *Erdoğan* dort syrische Flüchtlinge ansiedeln will, die als eine Art Puffer gegenüber den Kurden dienen sollen. Viele andere vermuten, dass die AKP ein weiteres lukratives Neubaugebiet für ihre eigenen Bauindustrie-Zweige suchte. Dass dabei teilweise historische Kirchen zum Opfer fallen, ist ein Kollateralschaden.

Ähnliche Enteignungswellen gab es in Istanbul mit dem Hinweis, dass die Gebäude neu aufgebaut werden sollten mit besserem Erdbebenschutz. Grundstückseigentümer konnten damals wählen zwischen Entschädigung, Darlehen für Neubaumaßnahmen oder Wohnungsanteilen im Neubaugebiet. Kommunalbehörden im Gebiet befürchten, dass die AKP mit EU-Geldern für Flüchtlinge die Umsiedlung und Vertreibung der Kurden finanzieren will.